



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Soziale Infrastruktur in Bayern nicht gefährden – Unterstützung für die Alten-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten, ob und wie sie die Träger von sozialen Angeboten beispielsweise im Bereich der Alten-, Behinderten- oder Kinder- und Jugendhilfe angesichts der steigenden Energiepreise und Lebenshaltungskosten unterstützen wird. Berichtet werden soll insbesondere über die konkret geplanten Maßnahmen, über die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel zur Abfederung der steigenden Kosten und zur Frage, wie die Staatsregierung verhindern will, dass die Kostensteigerungen an die jeweiligen Klientinnen und Klienten und zu Betreuende weitergegeben werden.

Begründung:

Die rasante Steigerung der Energie-, Lebensmittel-, sowie weiterer Sachkosten bei gleichzeitig steigender Inflation stellt die sozialen Einrichtungen in Bayern vor größte Herausforderungen. Betroffen sind alle Bereiche – Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Alten- und Pflegeheime, ebenso wie die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und die Kindertageseinrichtungen.

Dies hat auch ein Fachgespräch im Sozialausschuss des Landtags am 14.07.2022 eindrücklich aufgezeigt: Die Kosten für Lebensmittel sind bereits um ca. 6 Prozent gestiegen, die Energiepreise um rund 22 Prozent. Um welche Summen es geht, zeigt diese Beispielrechnung der geladenen Expertinnen und Experten: Soziale Einrichtungen haben derzeit Sachkosten in Höhe von rund 5,4 Mio. Euro. Bei einer Kostensteigerung in Höhe von 5 Prozent entstehen 270 Mio. Euro Mehrkosten, bei den derzeit erwarteten Steigerungen von über 11 Prozent ist von zusätzlichen 624 Mio. Euro auszugehen. Steigerungen wie diese sind nicht in den Kostenpauschalen eingeplant, sodass eine Refinanzierung aus eigener Kraft aufgrund Gemeinnützigkeit der Einrichtungen und damit fehlender Rücklagen nicht leistbar ist. Dazu kommt die Trägervielfalt, beispielsweise im Bereich der Kindertagesbetreuung: Gerade kleinere Träger haben keine Möglichkeit, die enorm gestiegenen Kosten zu decken.

Die Folgen für die soziale Infrastruktur, vor allem aber für die Menschen, die dringend auf die Erbringung von Hilfeleistungen angewiesen sind, könnten verheerend sein. Einige Kindertageseinrichtungen denken bereits über die Schließung der Einrichtung nach, Fahrdienste und ambulante Leistungen drohen aufgrund der hohen Spritkosten reduziert oder eingestellt zu werden, auch im stationären Bereich der Alten-, Behinderten- sowie der Kinder- und Jugendhilfe könnte es zu gravierenden Einschränkungen

beim Angebot kommen. Unterstützung fordern daher nicht nur die Träger von Kindertageseinrichtungen, sondern auch die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern, die die zentralen Säulen der sozialen Infrastruktur in Bayern stellen. Ziel muss es sein, auch in schwierigen Zeiten die Angebote für die Menschen aufrechtzuerhalten, den Arbeitsplatz von rund 450 000 Beschäftigten zu sichern und den Fortbestand von sozialen Einrichtungen oder beispielsweise Kindertageseinrichtungen nicht zu gefährden.